

DOKUMENTATIONEN

Fachworkshop: Freiwilligendienste – Orte politischen Lernens. Konzepte und Methoden¹

Dr. Jaana Eichhorn

Deutsche Sportjugend | Bundestutorin | eichhorn@dsj.de

Um die Diskussion über die politische Bildung in den Freiwilligendiensten auf eine breite Basis zu stellen, deren besondere Bedeutung im Kontext von Freiwilligendiensten und für die Freiwilligen herauszuarbeiten sowie die derzeitige Bandbreite einschlägiger Angebote und Konzepte darzustellen, luden der *Bundesarbeitskreis FSJ* (BAK FSJ), der *Bundesarbeitskreis FÖJ* (BAK FÖJ) sowie das *Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement* (BBE) zu einem Fachworkshop ein. Unter dem Titel „Freiwilligendienste – Orte politischen Lernens. Konzepte und Methoden“ kamen Vertreter/-innen von Zentralstellen, staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sowie fachwissenschaftliche Expert/-innen zusammen. Die Ergebnisse und Diskussionen dieses Workshops, der in Kooperation mit der *Heinrich-Böll-Stiftung* durchgeführt wurde, werden in diesem Beitrag dokumentiert.

Freiwilligendienste sind Bildungs- und Orientierungszeiten und stellen eine besondere Form des Bürgerschaftlichen Engagements dar. Das aktive Tätigwerden und die Übernahme von Verantwortung im Rahmen eines gemeinnützigen Einsatzes bieten Freiwilligen neben dem formalen Wissenserwerb die Möglichkeit, nachhaltige Erfahrungen zu sammeln, neue Fähigkeiten zu entwickeln und spezifische Einblicke zu gewinnen. Die Freiwilligen können in ihrem alltäglichen Wirken gesellschaftliche und politische Zusammenhänge erfassen, sie üben demokratische Spielregeln ein und nehmen aktiv an der Gestaltung ihres Umfeldes teil. Damit leisten Freiwilligendienste einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen und unterstützen den Erwerb emotionaler, sozialer sowie politischer Kompetenzen.

Von besonderer Bedeutung für die vielfältigen non-formalen Lernprozesse der Freiwilligen sind ihre kontinuierliche Begleitung durch Träger und Einsatzstellen sowie die Teilnahme an den gesetzlich verankerten Bildungstagen. Ein wichtiger Bestandteil der Bildungstage ist in allen Formaten die politische Bildung, für die – auch hinsichtlich unterschiedlicher Altersstufen und differierender

¹ Der Fachworkshop fand am 22. Juni 2015 in Berlin statt.

Bildungsvoraussetzungen – gute pädagogische Konzepte erforderlich sind. Dabei gilt es, die politische Bildung mit der Alltagserfahrung in den Einsatzstellen in Verbindung zu setzen und diese als gestaltbare soziale Orte wahrzunehmen.

Jugendfreiwilligendienste sollen das „Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl (...) stärken“, wie § 3 (2) des *Jugendfreiwilligendienstgesetzes* (JFDG) festhält. Die Träger setzen politische Bildung mit unterschiedlichen Methoden und Konzepten um, als Einzelmodule wie als Querschnittsthema. Im *Bundesfreiwilligendienst* nach §4 (4) BFDG ist eine eigenständige Seminarwoche zur politischen Bildung vorgesehen, die – so die derzeitige Auslegung des Paragraphen durch das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) – ausnahmslos in einem Bildungszentrum des Bundes stattzufinden hat. Dies gilt auch dann, wenn die Seminarwoche, wie §4 (5) BFDG ausdrücklich ermöglicht, gemeinsam mit FSJ- oder FÖJ-Freiwilligen durchgeführt wird. Verschiedene Anträge von Trägerverbünden, hier Alternativen zu ermöglichen, wurden bislang allesamt abschlägig beschieden.

Um die skizzierten Aspekte der bundesdeutschen Freiwilligendienste aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten zu können, orientierten sich die Referate und Diskussionen an drei zentralen Leitfragen:

- Welche Chancen eröffnen Freiwilligendienste für die politische Bildung?
- Durch welche Methoden, Settings und Strukturen können diese am besten genutzt werden?
- Vor welchen Herausforderungen stehen dabei Träger und Einsatzstellen?

Benno Hafenerger, Professor emeritus der *Universität Marburg* und Spezialist für außerschulische Jugendbildung, spannte in seinem Einleitungsreferat einen weiten Rahmen auf, um die Spezifika politischer Bildung zu charakterisieren. Er demonstrierte, wie der *Beutelsbacher Konsens* von 1976² ursprünglich für die Arbeit in Schulen vereinbart wurde, und wies darauf hin, dass zum anstehenden vierzigjährigen Jubiläum 2016 insbesondere Diskussionen des Neutralitätsgebotes zu erwarten seien, da dieses weder der Realität freier Träger noch den Interessen, Bedürfnissen und Erwartungen junger Menschen entspreche. Diese würden gerade in lebensgeschichtlichen Umbruchssituationen „interessante und interessierte Erwachsene“ suchen, die bereit seien, auch auf emotionaler Anteilnahme

² Der *Beutelsbacher Konsens* legt die Grundsätze für die politische Bildung in Deutschland fest. Er ist das Ergebnis einer Tagung der *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* zusammen mit Politikdidaktiker/-innen unterschiedlicher parteipolitischer oder konfessioneller Lager.

beruhende Bindungen einzugehen. Hafener wies darauf hin, dass vor allem das besondere Setting der fünftägigen Seminare – unter anderem die internatsmäßige Unterbringung der Teilnehmenden – zu wichtigen und die politische Bildung befördernden Lernerfahrungen führe. Die U27-Freiwilligendienste als eigenständige Bildungs- und Lernorte in einer spezifischen Übergangszeit seien Teil der sogenannten langen Jugendphase und integriert in einen ganzjährigen, pädagogisch begleiteten Einsatz. Besonders wertvoll sei das Erschließen einer neuen Zielgruppe – im Regelfall würden Angebote der politischen Bildung nur von einer kleinen, überdurchschnittlich gebildeten und politisch hochengagierten Gruppe (junger) Erwachsener wahrgenommen. Ältere Freiwillige würde man gerade durch Lebensweltorientierung erreichen – durch die Diskussion von Themen, die vielerorts den Alltag bestimmten, wie Armut, soziale Benachteiligung oder Umgang mit Ämtern.

Drei Impulsvorträge stellten sich der Aufgabe, die Werteorientierung sowie die Bedeutung praktischer **Tätigkeiten** im Rahmen der politischen Bildung zu reflektieren. Karin Wild vom *Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben* (BAFzA) betonte, dass politische Bildung im Bundesfreiwilligendienst den direkten Kontakt zwischen Staat und Freiwilligen ermögliche. Die staatlichen Bildungszentren sicherten eine „weltanschaulich-neutrale politische Bildung im Sinne der Werte unserer Verfassung“, also des Grundgesetzes. Ziel sei es, dass die Bildungszentren noch stärker als Vertreter des Staates wahrgenommen würden, der Staat solle sich „unmittelbar und konkret im zwischenmenschlichen Kontakt“ zeigen.

Dirk Hennig, Vorsitzender des BAK FÖJ, referierte zur politischen Bildung im ökologischen Bereich und betonte, das FÖJ sei seinem Anspruch nach ein gesellschaftspolitischer, ökologischer Bildungsdienst. Politische Bildung im FÖJ sei auf das Anstoßen gesellschaftlicher Veränderungen hin ausgelegt und bilde eine Pluralität von Meinungen ab, ohne damit Neutralität als Ziel zu verfolgen. Hennig erinnerte daran, dass politische Bildung und *Bildung für nachhaltige Entwicklung* (BNE) untrennbar miteinander verbunden seien – beide Themen könnten keinesfalls als eigene Seminarthemen abgehandelt werden, sondern seien elementare Bestandteile des gesamten pädagogischen Konzeptes im FÖJ und im ökologischen *Bundesfreiwilligendienst* (BFD).

Christian Burmeister, Verantwortlicher für die Koordination der Freiwilligendienste bei der *Arbeiterwohlfahrt* (AWO) in Hamburg, akzentuierte in seinem Beitrag die Bedeutung einer kontinuierlichen Begleitung der Freiwilligen während ihres 12 bis 18 Monate währenden Dienstes. Er zeigte auf, dass es neben der expliziten politischen Bildung, die in entsprechend gekennzeichneten Modulen angeboten wird, auch eine implizite politische Bildung gebe, die von den Freiwilligen besonders gut angenommen werde: Aktuelle gesellschaftliche und den Alltag der Freiwilligen betreffende Ereignisse würden zum Anlass genommen, um soziale

Strukturen und gesellschaftspolitische Zusammenhänge zu diskutieren. Ein Beispiel sei der gegenwärtige Kita-Streik, der Auswirkungen auf die Einsatzerfahrungen vieler AWO-Freiwilliger habe.

In den anschließenden Diskussionen zeigte sich eine große Einigkeit hinsichtlich der engen Verschränkung von Engagement und Partizipation sowie der Orientierung politischer Bildung an den konkreten Arbeitserfahrungen in den jeweiligen Einsatzstellen. Kontrovers diskutiert wurden das Staatsverständnis verschiedener Akteure sowie die Gleichsetzung von Engagement und Bereitschaft zu (politischer) Veränderung. Zivilgesellschaftliche Akteure kritisierten, dass die Durchführung politischer Bildungsseminare durch Bildungszentren des Bundes nun inhaltlich begründet werde, ursprünglich aber ausschließlich die Folge einer „Vorhaltefunktion“ nach der sehr eiligen Abschaffung von Zivil- und Wehrdienst gewesen sei. Dr. Christoph Steegmans, zuständiger Unterabteilungsleiter im BMFSFJ, argumentierte, das Ministerium und das BAFzA setzten hier ausschließlich Entscheidungen des Deutschen Bundestages um. Die Ausführungen von Benno Hafener, dass Jugendverbände sowie Träger von Freiwilligendiensten politische Bildung mit viel Erfahrung, Erfolg und Professionalität umsetzen, fanden Zustimmung. Die Frage, warum die politische Bildung nach §4 (4) BFDG nicht von freien Trägern angeboten werden kann, blieb letztendlich ungeklärt.

Die abschließende Podiumsdiskussion wurde von Susanne Rindt, Abteilungsleiterin beim AWO Bundesverband moderiert. Darin unterstrich Jona Heitzer, einer der Bundessprecher im FÖJ, dass er seinen Freiwilligendienst als Ort politischen Lernens erlebt und stark von dem besonderen Bildungsort profitiert habe. Marco Koppe, Bildungsreferent vom Bundesverband Deutsche Tafel e. V., knüpfte an Ausführungen von Christian Burmeister an und erklärte, wie in der Arbeit mit 27+-Freiwilligen politische Bildung gestaltet werden könne, ohne die Bildungsmodule entsprechend zu benennen – je näher die Angebote auf die konkrete Lebens- und Erfahrungswelt der Freiwilligen bezogen seien, desto besser würden sie angenommen. Auch Mathias Schmitthen, Referent für Freiwilligendienste bei der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, unterstrich das Ziel, die Schwelle zu einem selbstwirksamen politischen Handeln zu senken, und betonte die Chancen, die sich aus den verschiedenartigen Charakteren, Herkünften, Talenten und Interessen der Freiwilligen ergäben. Dr. Anne Ulrich von der Heinrich-Böll-Stiftung sowie Julia Böhneke, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, erklärten ihre grundsätzliche Bereitschaft, die Entwicklung neuer Konzepte politischer Bildung für die Freiwilligendienste zu unterstützen.

In ihrer Zusammenfassung beleuchtete Dr. Jaana Eichhorn, Bundestutorin bei der Deutschen Sportjugend, noch einmal die Chancen, die sich aus der Einbeziehung von Freiwilligendiensten in die politische Bildung ergeben. Die Verpflichtung, während des Freiwilligendienstes auch an Bildungsseminaren teilzunehmen,

erschließe neue Zielgruppen für die politische Bildung und führe zu niedrigschwelligeren Angeboten. Besonders erfolgreich sei, wie die Diskussion zeige, das Aufgreifen „heimlicher Themen“ im Rahmen einer impliziten politischen Bildung, die von der Lebens- und Erfahrungswelt der Freiwilligen ausgehe und von diesen als weiterführender Erfahrungsaustausch empfunden würde. Die Ausrichtung solcher Themen sei abhängig von den unterschiedlichen Einsatzfeldern sowie von den jeweils spezifischen Erfahrungen in den Einsatzstellen. Eine Herausforderung für die Träger bestehende darin, Konzepte zu entwickeln, die der politischen Bildung trägerübergreifend einen angemessenen Stellenwert zuweisen und Bildungsangebote mit den konkreten Einsatzerfahrungen in einen noch engeren Bezug setzen. Zudem seien weitere Gespräche zwischen Zentralstellen, Trägern und Bildungszentren notwendig, um die Interessen der Freiwilligen stärker in den Blick zu nehmen.